

## Positionspapier Kantonsfinanzen & Strukturreformen

*Der Kanton Bern hat als die «Schweiz im Kleinen» vieles zu bieten. Doch der Kanton Bern weist seit Jahren strukturelle Probleme auf und Privatpersonen sowie Unternehmen leiden unter einer überdurchschnittlich hohen Steuerbelastung. Der finanzschwache Kanton kann als Nettoempfänger des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) kurzfristig kaum etwas ändern. Aus diesem Grund, fordern die JFBE langfristige und vor allem nachhaltige Lösungen. Nur so kann sichergestellt werden, dass künftige Generationen in einem attraktiven Kanton mit ausgeglichenem Budget und tiefen Steuern leben.*

### Finanzen

Der Kanton Bern hat in den letzten 20 Jahren insgesamt 14 Sparpakete umgesetzt und dabei die strukturelle Haushaltsbelastung reduziert. Dies führte zu Überschüssen in den Jahren 1998 bis 2011. Die positiven Ergebnisse konnten jedoch nur dank dem NFA und Geldern der Schweizerischen Nationalbank (SNB) erzielt werden.

In Zukunft sind weitere Investitionen in Infrastruktur und andere Projekte nötig. Damit der Kanton Bern diese auch inskünftig mit einer tragbaren Schuldenlast finanzieren kann, braucht es weitere Sparmassnahmen.

### Probleme

- Zukünftige strukturelle Defizite.
- Zahlungsbereitschaft der NFA Nettozahler nimmt ab.
- Nationalbankgewinne sind unsicher.
- Finanzielle Herausforderungen durch Investitionen in Zukunftsprojekte (Infrastruktur, Gesundheit, Bildung,...).

### Forderungen

- Beschlossene Sparmassnahmen sollen konsequent umgesetzt werden.
- Weitere Sparmassnahmen sollen beschlossen und umgesetzt werden, damit das strukturelle Defizit weiter verringert werden kann.
- Die Schuldenbremse muss unter allen Umständen eingehalten und darf nicht gelockert werden.
- Zukünftige Gewinne der Schweizerischen Nationalbank sind nicht zu budgetieren.
- Bei Infrastrukturprojekten ist zu prüfen, ob sich als Alternative zu Eigenprojekten eine Public-Privat-Partnership (PPP) rechnet.
- Verwaltungsgebäude der Direktionen sollen wenn möglich dezentral angesiedelt werden. Gebäude in der Altstadt sollen verkauft oder vermietet werden. Ebenfalls sind kostengünstigere Optionen bei Bauten zu prüfen. Es braucht keine Prestigebauten.
- Vergütungen an Regierungsräte, welche sie aufgrund ihres Amtes erhalten (Verwaltungsratsvergütungen) sind an den Kanton abzugeben.
- Rotationsgewinne sollen für die Förderung junger Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen verwendet werden. Wo möglich, sollen über die natürliche Fluktuation Stellen abgebaut werden.

- Ebenfalls soll die Finanzdirektion überprüfen, dass nicht aufgebrauchte Budgets der Ämter nicht kurz vor Ende des Jahres für unnötige Projekte verwendet werden. Es sollen Anreize bestehen, dass Ämter sparen und ihre Budgets nicht vollständig aufbrauchen.
- Es sollen über alle Ämter und Direktionen 5% der Stellen abgebaut werden. Ausgenommen davon sind Frontstellen im Bildungsbereich und bei der Polizei.

## Steuersystem

Der Kanton Bern besteuert sowohl Unternehmen als auch Privatpersonen im interkantonalen Vergleich überdurchschnittlich. Dies hat zur Folge, dass sich zu wenige international ausgerichtete Unternehmen im Kanton Bern ansiedeln.

### Forderungen:

- Der Kanton Bern senkt mittelfristig seinen Steuerfuss für Unternehmen und Privatpersonen auf den schweizerischen Durchschnitt.
- Die Easy Swiss Tax soll auf sämtlichen Ebenen eingeführt werden. Die Steuerverwaltung könnte dadurch deutlich verkleinert werden und der Kanton erhält mehr Steuersubstrat, da die vielen Abzugsmöglichkeiten wegfallen.
- Alternativ soll die Einführung eines Steuersystems mit einer Flat-Tax, wie sie im Kanton Uri besteht, geprüft werden.

## Gesundheitssystem

Gesundheit ist in unserer Gesellschaft ein wichtiges Gut. Der Kanton Bern besitzt ein ausgezeichnetes Gesundheitssystem, dies ist ein attraktives Plus für den Wohn- und Wirtschaftsstandort. Die Hauptstadtregion und der Kanton sollen den Cluster der Medizinalbranche weiterhin fördern.

### Problem

- Die Ansprüche an die medizinische Versorgung und die demografische Veränderung führen zu stark steigenden Kosten.
- Die Qualität steigt nicht mit flächendeckender Versorgung, sondern mit der Fallzahl in einem Spital.
- Der Kanton Bern hat, trotz angespannter Finanzlage, ein ausgedehntes Gesundheitssystem was zu Überversorgung und abnehmender Qualität in strukturschwachen Regionen führt.

### Forderungen

- Die Spitalliste ist ohne politische Vorbehalte anzupassen. Es ist unsinnig sämtliche Dienstleistungen in allen Regionen anzubieten. In strukturschwachen Regionen sind Notfallstationen mit einer beschränkten Grundversorgung einem Vollspital vorzuziehen.
- Spitzenmedizin soll in Kompetenzzentren konzentriert werden.
- Spitex und ähnliche Organisationen sollen, sofern sie kostengünstiger sind, als Alternative zur „rund-um-die-Uhr“ Vollbehandlung eingesetzt werden.
- Ansonsten sollen Spitäler selbstständig entscheiden können, was sie anbieten wollen.

## Strukturen und Verwaltung

Der Kanton Bern erfüllt viele Aufgaben im Dienste der Bürgerinnen und Bürger. Dabei stützt er sich auf eine Vielzahl von dezentralen Verwaltungseinheiten auf verschiedenen Hierarchieebenen.

### Probleme

- Die Anzahl der Gemeinden im Kanton Bern ist hoch. Sie führt zu einer grossen Bürokratie und hohen Verwaltungskosten.
- Es ist fragwürdig, ob sämtliche Amtsstellen der Bevölkerung einen erkennbaren und notwendigen Mehrwert schaffen.

### Forderungen

- Die Anzahl der Gemeinden muss reduziert werden; Ziel ist ein Kanton mit 50 Gemeinden. Die bisherigen Massnahmen reichen dabei nicht.
- Regierungsstatthalterämter sind eine Ebene, die es in Zukunft nicht mehr braucht. Deren Aufgaben können von Regionalkonferenzen übernommen werden.
- Die zahlreichen Preisvergaben und Stipendien des Kantons Bern sind durch private zu ersetzen. Die heutige Liste ist grotesk. (Preis für den Grünen Baggerführer, Kunstpreis, Literaturpreis, Grosse Literaturpreis, Fotografiepreis, Sportlerehrung, Sozialstern, etc.)
- Die existierenden Fachstellen des Kantons sollen einer periodischen Überprüfung ihrer Effektivität und Effizienz unterworfen und bei Bedarf redimensioniert werden. Die Fachstelle für Genderfragen soll abgeschafft werden.
- Die Staatslimousinen sind zu verkaufen. Der Fahrtendienst soll mit zweckmässigen Alltagsfahrzeugen der Polizei sichergestellt werden.
- Die Regierung, der Grosse Rat und die Verwaltung sollen ab 2020 grundsätzlich papierlos werden. Unterlagen und Berichte sollen nur noch online zur Verfügung stehen.
- Wo möglich sollen in diversen Bereichen der Bildung und Kultur aber auch in der Gesundheit Partnerschaften eingegangen werden. Mögliche Sponsoren für Lehrstühle, Gebäude, Bibliotheken, Spitäler oder andere öffentliche Einrichtungen sollen aktiv angegangen werden.
- Gutachten und Studien sollen nur wenn es absolut notwendig ist eingesetzt werden. Zudem soll die Anzahl Broschüren und Unterlagen der verschiedenen Direktionen reduziert werden.
- Die Zusammenlegung von Ämtern ist zu prüfen und falls notwendig umzusetzen. In diesem Zusammenhang wird ein zentrales Beschaffungswesen begrüsst.

### Fazit

Aufgrund der langfristigen finanziellen Zukunft des Kantons Bern sind Sparmassnahmen nicht zu vermeiden. Es reicht nicht, nur für die nächsten zwei Jahre ausgeglichene Budgets vorzuweisen. Die JFBE fordern weitere Sparanstrengungen und die konsequente Umsetzung der bisher beschlossenen Sparmassnahmen. Auch ab 2017 sollen keine neuen Schulden gemacht werden. Dies sind wir den zukünftigen Generationen im Sinne des Generationenvertrags schuldig.